

GASTKOMMENTAR

Ermutigende Entscheidungen

Jochen Schober

Der Friedensnobelpreis für die Europäische Union sollte uns stolz machen. Die Freude trübt erheblich, dass sich nur die Vertreter der Regierungen und der EU-Bürokratie bedanken konnten, der Vertreter der 500 Millionen Bürger aber zu schweigen hatte.

Eine Union kann kaum besser demonstrieren, dass in ihr nur die Eliten bestimmen und Macht und Vorteile bei der Exekutive liegen. Deren Spitzenkräfte haben Reformen erarbeitet. Sie haben keine Visionen für ein demokratisches Europa entwickelt, das auf seine Bürgersetzungen von ihnen vorangetrieben wird. Keine Ideen, wie man sich gemeinsam der Globalisierung stellt und das Streben nach Gewinn und Produktivität mit sozialer Verantwortung vereinbart – oder wie man die Milliarden der EU in zukunftsträchtige Branchen leitet und sie nicht als Agrarsubventionen versickern lässt.

Eine „echte Wirtschafts- und Währungsunion“ sollte es werden, mit mehr Befugnissen, Kontrollrechten und mit viel mehr Geld für die EU-Exekutive.

Die EU ist endlich auf einem Weg, auf dem wirtschaftliche Ungleichgewichte abgebaut werden und ein prosperierendes Wirtschaftsgebiet entstehen könnte.

Jochen Schober

Der Europäische Rat hat diese Wunschvorstellungen bis auf die „Superaufsicht“ über systemrelevante Banken zunächst vertagt. Diese europaweite, einheitliche Aufsicht soll 2014 ihre Arbeit aufnehmen. Hoffen wir, dass die qualifizierten Mitarbeiter bis dahin gefunden und die Details sachgerecht gelöst sind.

Die vorgeschlagene Finanzkapazität scheint vom Tisch. Zu Recht, die EU braucht keine weiteren milliarden schwere Rettungsschirme und Fonds.

Zukünftig soll die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Fokus stehen. Die EU ist damit endlich auf einem problemorientierten Weg, auf dem wirtschaftliche Ungleichgewichte in der Eurozone abgebaut werden und ein prosperierendes Wirtschaftsgebiet entstehen könnte.

Schon bei der Auswahl zukünftiger Euro-Kandidaten sollte deren Wettbewerbsfähigkeit eine entscheidende Rolle spielen. Transferzahlungen, wie sie die Kommission bevorzugt, bewirken allein nämlich gar nichts. Nur wenn sie intelligent zur Steigerung der Produktivität eingesetzt werden, mehr sie den Wohlstand.

Interview

„Wir sind glücklicher“

Wer wenig hat, ist unzufrieden, aber materielle Dinge beeinflussen das Wohlbefinden nur teilweise. Fragen an den Glücksforscher Karlheinz Ruckriegel.

Das Gespräch führte Horst Peter Wickel

DSZ: Wie glücklich und zufrieden sind die Menschen in Deutschland zurzeit?

Ruckriegel: Die Zufriedenheitswerte haben sich in Deutschland in den vergangenen Jahren erhöht. Das zeigt der Glücksatlas 2012 für Deutschland, der im Wesentlichen auf den Daten des seit Mitte der achtziger Jahre erhobenen Sozio-ökonomischen Panels fußt, deutlich. Auf der Skala von null (ganz und gar unzufrieden) bis zehn (ganz und gar zufrieden), ist der Durchschnittswert für Deutschland von 6,6 im Jahre 2006 auf 7,1 im vergangenen Jahr gestiegen. Damit liegen wir aber immer noch deutlich hinter den skandinavischen Ländern, die traditionell Werte von mehr als acht erreichen.

DSZ: Welche Lebensbereiche spielen dabei eine Rolle?

Ruckriegel: Die Glücksforschung hat eine Reihe von „Glücksfaktoren“ identifiziert, die entscheidend für das subjektive Wohlbefinden sind. Die Liste reicht von Gesundheit, persönlicher Freiheit und innerer Einstellung über gelingende, also liebevolle soziale Beziehungen in Partnerschaft, Familie und im Freundeskreis, und befriedigende



Glück ist der Hauptwunsch fürs neue Jahr. Doch woher kommt's? Foto: dpa

Erwerbs- oder Nicht-Erwerbsarbeit – bis hin zu den Mitteln zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse und zur finanziellen Sicherheit.

DSZ: Also spielt Geld eine wichtige Rolle beim Glück?

Ruckriegel: Ja, die Glücksforschung hat herausgefunden, dass das subjektive Wohlbefinden zunächst steigt, je mehr Geld ein Mensch zur Verfügung hat. Allerdings hat der Glücksatlas 2011 gezeigt, dass in Deutschland ab einem Monatseinkommen von rund 5000 Euro netto eine Grenze erreicht ist. Weitere Steigerungen führen kaum mehr zu einer Erhöhung der Lebenszufriedenheit.

DSZ: Woran liegt das?

Ruckriegel: Ganz einfach: Wir passen unsere materiellen

Ansprüche nach oben an und gewöhnen uns daher schnell an ein höheres Einkommen, wenn die materiellen Grundbedürfnisse erfüllt sind. Dann spielen ganz andere Faktoren eine Rolle, und zwar wie wir im Vergleich zu anderen dastehen. Man schaut etwa auf das Auto des Nachbarn und darauf, was andere verdienen, und vergleicht sich.

DSZ: Hängt das nur mit dem Geld zusammen?

Ruckriegel: Nein, dabei geht es weniger um die Frage, ob wir dieses Geld auch tatsächlich brauchen, um zufrieden zu sein. Wer oben in der Hierarchie steht, empfindet das als Anerkennung und Wertschätzung, was zur Zufriedenheit beiträgt. Meist sind hier auch die Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung größer. Umgekehrt sind diejenigen, die finanziell weniger gut dastehen, weniger zufrieden, da sie an der Fairness der Gesellschaft zweifeln.

Frage: Welche Rolle kommt dabei den Sparkassen zu?

Ruckriegel: Das ist eigentlich ganz einfach: Es geht um Vertrauen. Grundlage von Vertrauen ist Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Fairness und Menschlichkeit. Das zeichnet seit jeher einen „ehrbaren Kaufmann“ aus.

Auffällig viele Skandale

Fortsetzung von Seite 1

Die jüngsten Strafzahlungen und Ermittlungen zeigen, dass die Aufseher den internationalen Banken seit Ausbruch der Finanzkrise deutlich genauer auf die Finger schauen. Erst vor ein paar Tagen hatte die HSBC die höchste jemals für eine Bank verhängte Strafe zu berappen. Der Finanzkonzern hatte durch zu laxen internen Kontrollmechanismen versäumt, mexikanische Drogengelder von seinem Kontensystem fernzuhalten.

Er sei dadurch zu einer Drehscheibe „von Drogenbaronen und Schurkenstaaten geworden“, urteilte eine Untersuchung des US-Senats. Dadurch waren mehrere Milliarden Dollar über die Bank gewaschen worden. HSBC wird dafür 1,9 Milliarden Dollar an US-Aufsichtsbehörden zahlen.

Die Vorwürfe bei der UBS treffen nicht weniger als zwei Dutzend Mitarbeiter der Bank, die zwischen 2005 und 2010 den für den japanischen Yen maßgeblichen Libor-Satz manipuliert haben sollen. Im Sommer hatte die britische Bank Barclays bereits eine Strafe von 490 Millionen Dollar akzeptiert, weil ihre Händler den Dol-

lar-Libor so manipuliert hatten, dass die Bank davon milliarden schwere Vorteile hatte. Den Nachteil hatten unter anderem Tausende Kreditkartennutzer und andere Kleinkreditnehmer. Bisher wurde der Libor durch freiwillige Nennungen der Bankbranche börsentäglich ermittelt, was der Manipulation nach Ansicht von Experten Tür und Tor öffnete. Derzeit wird an einer Reform des Verfahrens gearbeitet.

Offiziell zeigen die Banken Reue

Auch die Royal Bank of Scotland stellt sich derzeit auf eine dreistellige Millionenstrafe aus der Libor-Affäre ein. Die Deutsche Bank hat ebenfalls massive Rückstellungen gebildet, um eine drohende Strafe abzufedern. Deutschlands größtes Kreditinstitut war erst vor Tagen von weiteren schweren Vorwürfen getroffen worden. Demnach sollen ihre Mitarbeiter in Steuerhinterziehung, Geldwäsche und versuchter Strafvereitelung verstrickt sein. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Offiziell zeigen sich die Banken zumeist reumütig. „Wir

akzeptieren die volle Verantwortung für unsere Fehler“, sagte Konzernchef Stuart Gulliver, dessen kleinerer britischer Rivale Standard Chartered sich erst kurz zuvor in einem ähnlichen Fall auf eine Strafe von 300 Millionen Dollar mit US-Behörden geeinigt hatte. Dabei ging es um Gelder iranischer Herkunft, die entgegen der gegen das Land verhängten Sanktionen über Konten der Bank liefen.

Vor allem Großbritannien galt während der Boomjahre der Branche als Tummelplatz für fragwürdige Geschäftspraktiken der Banken. Allein für unter falschen Prämissen verkaufte Versicherungspolice an Privatkunden und Absicherungsderivate für Firmenkunden müssen die größten Banken des Landes bislang mehr als zwölf Milliarden Euro an Entschädigungen auszahlen.

Strengere Kapitalanforderungen sollen erneute Schief lagen von Banken künftig verhindern und den Steuerzahlern milliarden schwere Rettungsaktionen ersparen. Zudem gilt die Branche in Hinsicht auf ihre Unternehmenskultur als stark reformbedürftig.

Ergänzt von rsh und rtr

Armut in deutschen Großstädten wächst

Fortsetzung von Seite 1

Kernergebnis der Studie: In den meisten Großstädten sinkt zwar der Anteil der Menschen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten. Doch gleichzeitig ist die Armutsquote in den Metropolen spürbar nach oben gegangen: Im Durchschnitt von 17,5 auf 19,6 Prozent zwischen 2005 und 2011. Damit ist die Armut in den 15 größten Städten deutlich höher als im Rest der Republik.

Die ostdeutschen Metropolen Leipzig und Dresden haben auch im Großstädte-Vergleich überdurchschnittliche Armutsquoten, die allerdings niedriger sind als noch vor einigen Jahren. Das gilt insbesondere für Leipzig. In der Messestadt waren 2011 rund 25 Prozent der Bewohner arm – mehr als in jeder anderen deutschen Metropole. 2009 lag der Wert noch gut zwei Punkte höher. Laut dem aktuellen Quartalsbericht zeichnet Leipzig insgesamt eine positive Entwicklung. So ist es die einzige Stadt in Sachsen, die mehr Einwohner aus den alten Bundesländern gewinnt, als sie an diese verliert. Gleichzei-

tig sinkt die Arbeitslosenquote stetig. Die Leipziger Sparkassenmanagerin Denk ergänzt: „Diese Entwicklung spiegelt sich auch im differenzierten Nachfrageverhalten unserer Kunden wider. Durch unsere gezielte Kundenansprache und die konsequente Nutzung des Sparkassen-Finanzkonzepts, gelingt es unseren Beratern dennoch, für jeden Kunden die passende Finanzstrategie zu erarbeiten.“

In Berlin leben rund 21 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze. Besonders problematisch ist die hohe Sozialgeldquote unter Kindern: Gut jedes dritte ist auf Sozialtransfers angewiesen. Marktberaters Richardt von der Berliner Sparkasse sagt: „Ja, die nackten Zahlen wirken erschreckend. Auf der anderen Seite ist Berlin aber eine schnell wachsende Metropole. Viele – vor allem junge Menschen – zieht es nach Berlin. Besonders die Kreativbranche boomt, Arbeitsplätze werden geschaffen.“

Ausführliche Version auf sparkassenzeitung.de